

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Die Schweiz erhöht die Anzahl der Durchdiener, senkt damit den Personalbestand unserer Armee und will die militärischen Engagements im Ausland verstärken. Professor Stahel nimmt Stellung.

Seite 7



Wie Heimat sich immer wieder verdient und erarbeitet werden muss, wie Heimat nur durch unablässigen politischen Einsatz erhalten bleibt, schreibt Melanie Rinkes.

Seite 11



Die Schweizer Medienlandschaft ist eintönig. Erfrischende Ausnahme ist die «Weltwoche». Chefredaktor Roger Köppel redet Klartext im «Klartext».

Seite 12

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 8/2007

Die Integrationskapazität der Schweiz ist beschränkt

Grossrätin Sylvia Flückiger,
Vizepräsidentin SVP Schweiz

Seite 5

Die wahre Wohlfühlpädagogik

Judith Uebersax

Seite 6

Schweizer Werte statt Islamisierung

Kantonsrat Lukas Reimann

Seite 9

Was passiert eigentlich im Sägewerk?

Nationalrat Jean-François Rime

Seite 13

Sicherheit schaffen!

Volksbegehren unterschreiben!

Seite 15

Reklame

Internet-Auftritte
für SVP-Kandidaten,
Ortsparteien und KMU.
www.typo3start.ch
Schnell, einfach und
professionell.

Zuhause in allen Medien

ztprint ZOFINGER TAGBLATT
ztonline WIGGERTALER
Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93

Volk und Volkspartei

Am 18. August 2007 haben sich in Basel die SVP-Kandidatinnen und SVP-Kandidaten der National- und Ständeratswahlen zusammen mit den Sektionspräsidenten zu einem ausserordentlichen Parteitag getroffen und folgenden Vertrag unterzeichnet:

Vertrag mit dem Volk

Im Willen, mit all unseren Kräften für die Schweiz einzustehen,
im Bewusstsein, dass die Freiheit unseren täglichen Einsatz erfordert;
in der Überzeugung, dass wir die Schwachen nur stärken, wenn wir
die Starken nicht schwächen, stehen wir für folgende Grundsätze ein:

- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten.
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen.
- Wir wollen für alle die Steuern senken.

Dazu verpflichten sich die Vertreterinnen und Vertreter der Schweizerischen Volkspartei gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern.

Im August des Jahres 2007

Im Namen der National- und Ständeratskandidatinnen und -kandidaten der SVP

Ueli Maurer,
Parteipräsident

Caspar Baader,
Fraktionspräsident



Unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben sich mit ihrer Unterschrift der Schweiz verpflichtet. Unterstützen Sie deshalb die SVP mit Ihrer Stimme. Und helfen Sie beim Werben von neuen Wählerinnen und Wählern. Zeigen Sie damit: Zusammen stehen wir ein für unsere Schweiz.

(Fortsetzung der Titelseite)

Die Schweizerinnen und Schweizer stimmen dem Vertrag mit der Wahl der SVP-Liste zu. Volk und Volkspartei vereinbaren, dass

die Unabhängigkeit und die Selbstbestimmung unserer Schweiz mit allen Mitteln verteidigt wird. Fremde oder selbsternannte Vögte dulden wir nicht. Die SVP sagt allen Versuchen den Kampf an, durch einen EU-Beitritt oder internationale Staatsverträge die Souveränität der Schweiz einzuschränken. Wir lassen uns nicht durch internationale Abkommen binden.

kriminelle Ausländer das Land verlassen müssen. So will es die von der SVP lancierte Volksinitiative. Unsere Regeln gelten für alle – auch für Ausländer und auch für Jugendliche. Im öffentlichen Raum muss wieder Ordnung herrschen und an den Schulen wieder Disziplin.

die Steuern für alle gesenkt werden. Die SVP setzt sich konsequent für tiefere Abgaben, Gebühren und gegen neue Steuern ein. Die SVP kämpft dafür, dass die Mehrwertsteuer gesenkt wird. Die Linken und Netten demgegenüber wollen die Mehrwertsteuer weiter erhöhen. Denn sie brauchen neue Geldquellen für ihre Schlendrianpolitik der Vergangenheit.



Toni Brunner, Wahlkampfleiter Deutschschweiz



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12x/Jahr

Chefredaktor: Matthias Müller

Inserate: Roman S. Jäggi

Adresse:

Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

ztp rint / Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

Per E-Mail an zollinger@svp.ch oder per Post an Zofinger Tagblatt AG
(Adresse s. «Druck»)

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@nos erlight.ch, www.nos erlight.ch

Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

Für mehr Sicherheit: Ja zur Ausschaffungs- initiative



Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer. Der Ausländeranteil beträgt derzeit gut 20%. Das heisst, Ausländer sind rund vier Mal so häufig straffällig wie Schweizer. Betrachtet man den Ausländeranteil in den Gefängnissen, verdeutlicht sich diese Problematik noch stärker: 2005 waren 70,5 % aller Inhaftierten ausländischer Herkunft.

Kriminelle Banden, welche die offenen Grenzen nutzen, gehen in der Schweiz auf Einbruchstour. Viele Straftäter nutzen den Asylweg, um in der Schweiz ihren Machenschaften nachzugehen. Dazu kommen all diejenigen, welche es sich von ihrer Mentalität und Kultur her gewohnt sind, Konflikte mit Gewalt auszutragen. Im Jahre 2005 wurden über 85 % aller Vergewaltigungen, 66 % der Erpressungen, 55,5 % der vor-

sätzlichen Tötungen und fast 53 % der Körperverletzungen von Ausländern verübt. Eine traurige Bilanz.

Mit diesen Zahlen haben namentlich die zahlreichen Ausländer, welche sich in der Schweiz gut integriert haben und welche einer Arbeit nachgehen, zu kämpfen. Es ist traurig, dass eine Minderheit unintegrierter, straffälliger und gewalttätiger Ausländer die gesamte ausländische Wohnbevölkerung in Verruf bringt. Daher ist es gerade für das Ansehen und den Respekt vor den integrierten und angepassten Ausländern wichtig, dass die «schwarzen Schafe» ausgewiesen werden.

Die Ausschaffungsinitiative schafft die Voraussetzung dafür, dass Ausländer, die in unserem Land schwere Verbrechen begehen oder missbräuchlich Leistungen von Sozialversicherungen beziehen, zwingend aus der Schweiz

auszuweisen sind. Früher war die Landesverweisung als sogenannte Nebenstrafe im Strafgesetzbuch geregelt. Dieser Artikel jedoch wurde mit der Revision des Strafrechts gestrichen: Heute ist die Ausweisung nur noch als fremdenpolizeiliche Massnahme im Ausländergesetz vorgesehen.

Die Ausschaffungsinitiative schafft Klarheit: Der Grundsatz, dass kriminelle Ausländer auszuweisen sind, wird auf Verfassungsstufe festgehalten. Die Ausweisung ist zwingend zu vollziehen – damit wird der laschen Rechtsprechung der Riegel geschoben. Und die Ausweisung ist nicht mehr nur eine administrative Massnahme, sondern sie dient zur Bestrafung des Täters – damit wir wieder Ruhe und Ordnung haben in der Schweiz.

ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN

AAREPTAN®

Bahnhofweg 17 - 5610 Wohlen - 056 622 33 44
translate@aareptan.ch - www.aareptan.ch

Akkura GmbH

Immobilien-Treuhand mit Herzblut



Mietliegenschaften
Stockwerkeigentum
Schätzungen
Beratungen

Wir nehmen uns Zeit für Sie
persönliche Betreuung durch
Eidg. dipl. Immobilien-Treuhänder
Immobilienverwalter mit eidg. FA

Schulhausstr. 7, 5612 Villmergen T: 056 610 10 92 www.akkura.ch 

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung
- Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR
- Produkte- und Dienstleistungswerbung
- Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Bundesrat Christoph Blocher

Grenzen setzen für die Zukunft unseres Landes



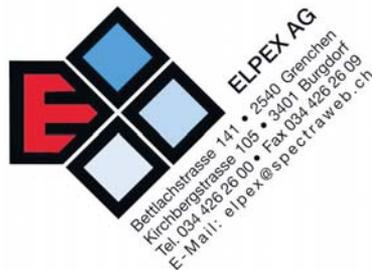
In den vergangenen Monaten ist die Schweiz von zahlreichen Berichten über Straftaten von Jugendlichen aufgeschreckt worden. Dabei geht es nicht mehr um Raufereien oder eingeschlagene Fensterscheiben. Die Meldungen betreffen Vergewaltigungen, brutalste Gewaltakte und systematischen seelischen Terror, mit dem ganze Schulhäuser destabilisiert werden. Dabei bestätigt die Statistik, was die Bürger längst aus dem Alltag wissen: Die Gewalt von und unter Jugendlichen nimmt massiv zu. Bei Raub und Körperverletzung werden heute dreimal mehr jugendliche Tatverdächtige erfasst als noch vor 20 Jahren, bei Drohung und Nötigung sogar achtmal mehr. Allein bei der Körperverletzung sind die Anzeigen gegen Jugendliche von 2005 bis 2006 um 50 % gestiegen! Doch bereits relativieren Medien und Experten diese Zahlen wieder! Man dürfe nicht dramatisieren. Die Zahlen bedeuteten nicht, dass die Jugendgewalt tatsächlich zugenommen habe, sondern nur, dass heute schneller und häufiger Anzeige erstattet werde. Damit sagt man den Leuten eben auch, dass sie weniger

tolerant sind als früher. Das ist aber nicht schlecht, sondern richtig! Gewalt und Kriminalität dürfen nicht toleriert werden – auch nicht bei Jugendlichen. Straftaten müssen angezeigt und streng sanktioniert werden. Zu lange hat man vor allem auch an Schulen weggeschaut und aggressives und gewalttätiges Verhalten verharmlost.

Wir müssen wieder rasch und konsequent gegen gewalttätige Jugendliche vorgehen. Mit dem neuen Jugendstrafrecht können wir einschneidendere Strafen aussprechen. Wichtig ist aber auch, dass die Täter die Konsequenzen ihrer Vergehen schneller zu spüren bekommen. Darum müssen wir die Strafverfahren verkürzen und die Verfahrensdauer beschleunigen. Ausländische Täter müssen konsequenter weggewiesen werden und es muss genauer und strenger überprüft werden, ob die Voraussetzungen für eine Einbürgerung überhaupt gegeben sind. Dazu müssen vor allem auch die Behörden verstärkt informiert werden über die Integration von Gesuchstellern. Viele der Massnahmen, an denen wir arbeiten, greifen aber erst, wenn das

Unfassbare schon geschehen ist. Das drängende Problem betrifft deshalb nicht nur Polizei und Justiz. Wir alle sind aufgerufen, Grenzen zu setzen und darauf zu achten, dass unsere Regeln eingehalten werden. In der Erziehung braucht es wieder mehr Disziplin und starke Ideale. In der Schule sind strengere Regeln für das Lernen, das Verhalten und den Umgang miteinander nötig. Ausländische Jugendliche müssen sich integrieren, die Sprache lernen und eine Ausbildung absolvieren. Wir alle müssen wieder mehr fordern – für die Zukunft unseres Landes.

Ihr Bundesrat
Christoph Blocher



ELPEX AG
Bettlachstrasse 141 • 25310 Grenzach
Kirchbergstrasse 105 • 3401 Burgdorf
Tel. 034 426 26 00 • Fax 034 426 26 09
E-Mail: elpex@spectraweb.ch



Projektierung, Steuerungsbau, Software und Inbetriebnahme alles aus einer Hand - das ist von grossem Nutzen für die Kunden der ELPEX AG. Ausarbeitung der technischen Dokumentation auf modernen CAD/CAE Systemen und ein moderner Schaltschrankbau sind für uns selbstverständlich.

- ◆ **Projektierung**
- ◆ **Steuerungsbau**
- ◆ **Software**
- ◆ **Inbetriebnahme**
- ◆ **Betreuung**



Wir setzen unsere langjährige Erfahrung und unser technologisches Wissen für Sie ein. In der **Industrieautomation** sind wir in verschiedenen Bereichen tätig. Wir steuern die Automation in der Automobil-Nahrungsmittel-, Papier- und in der Chemischen Industrie.



Visualisierungswünsche und Bedienansprüche werden von uns informativ und übersichtlich realisiert. Dabei arbeiten wir mit neusten Technologien. Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit mit Ihrem nächsten Projekt.



Sylvia Flückiger-Bäni, Grossrätin, Schöffland AG, Vizepräsidentin SVP Schweiz

Die Integrationskapazität der Schweiz ist beschränkt

Der Ausländeranteil in der Schweiz liegt heute bei der Rekordmarke von knapp 21 Prozent und steigt kontinuierlich weiter. Dies, obwohl immer mehr Ausländer eingebürgert werden. Während noch im Jahr 1990 6183 eingebürgert wurden, erlangten 2006 bereits 47 607 Ausländer das Schweizer Bürgerrecht. Und 2007 dürften neue Einbürgerungsrekorde geschrieben werden. Die Halbjahresbilanzen der Kantone lassen aufhorchen. Der Grund für die Masseneinbürgerungen ist schnell ersichtlich. Heute stammen rund eine halbe Million Menschen in der Schweiz aus dem Balkan, rund 182 000 Personen aus Asien und Afrika. Das Bürgerrecht ist für diese Menschen immer leichter zu haben. Die unterschiedlichen Kulturen der Zuwanderer, mit fremden Religionen und eigenen Frauenbildern, bereiten grosse Probleme in unserem Land. Es gibt Menschen, die sich nicht im Geringsten integrieren und in unserem Land sogar ihre mitgebrachten Gesetze einführen wollen.

Mit der Zunahme schlecht integrierbarer und schlecht ausgebildeter Menschen kommen leider auch Personen in unser Land, die Vorstellungen haben, die mit unseren demokratischen Grundwerten nicht vereinbar sind. Personen, denen eine andere Arbeitsethik eigen ist. Personen, denen es nichts ausmacht, grundlos von unserem Sozialstaat zu leben. Personen, die sich nicht in den Arbeitsmarkt einbinden lassen. Die Folge davon sind: Sozialmissbrauch, Kriminalität, Probleme an den Schulen, die zunehmende Bildung von Parallelgesellschaften und natürlich die Schaffung von negativen Vorbildern für unsere einheimische Jugend.

Die Zuwanderung hat Grenzen – diese Grenzen werden jetzt sichtbar

Die Gutmenschen-Ausländerpolitik der 90er-Jahre hat es unterlassen, die Zuwanderung in Grenzen zu hal-



ten. Die im Zusammenhang mit angelehnten Überfremdungsinitiativen versprochenen Höchstausländerzahlen wurden nicht eingehalten. Berechtigterweise bekundet das Volk heute Unmut über diese Tatsache und es ist verständlich, dass die Toleranz seitens der Bevölkerung abnimmt. Kriminalität, Menschenhandel, organisierter Drogenhandel, Sozialmissbrauch, chaotische Zustände an unseren Schulen sind die traurigen Folgen dieser Politik und haben in allen Bereichen ein Ausmass erreicht, das nicht mehr akzeptiert werden kann:

- Die Gefängnisse quellen über, **70,5 Prozent aller Inhaftierten und 50 Prozent aller Verurteilten sind Ausländer** (Stand 2005).
- Betrachtet man die genauen Herkunftsländer der ausländischen Täter, beispielsweise bei den Zahlen aus meinem Kanton Aargau, lässt sich feststellen, dass **36,7 Prozent aus Ex-Jugoslawien** stammen und **11,5 Prozent aus der Türkei**. Ähnlich wie in der IV findet auch im Bereich der Kriminalität also seit längerem eine starke Balkanisierung statt.

Die anderen Parteien versuchen, diese Entwicklung mit Masseneinbürgerungen zu bekämpfen. Weil

aus Ausländern Schweizer gemacht werden, sinken teilweise die Ausländeranteile in den Statistiken.

Schleichende Unterwanderung der geltenden Rechtsordnung

Wir werden immer mehr vor die anspruchsvolle Aufgabe gestellt, unsere Rechte und unsere Ordnung durchzusetzen und zu kommunizieren, dass man sich an unsere Rechte, Gebräuche und Sitten anpassen hat und nicht umgekehrt. Genauso müssen sich auch ausländische Kinder, welche unsere Schule besuchen, an die geltenden Regeln halten. Die Kinder, vor allem aber deren Eltern, müssen sich um Integration bemühen und die Sprache lernen.

Massiver Anstieg der Jugendgewalt und Jugendkriminalität

Vergewaltigungen, Körperverletzungen, Erpressungen und Raub haben Einzug gehalten und erschrecken uns alle. Jedes Wochenende sind brutale Schlägereien oft mit gesundheitlichen Folgen oder gar bleibenden Schäden zu verzeichnen. Alkoholexzesse, Pöbeleien, Angriffe auf Frauen. Polizisten werden beschimpft, bespuckt, mit Flaschen beworfen und an ihrer Tätigkeit gehindert. Brutalität und Jugendgewalt haben gerade in den letzten Monaten ein Ausmass erreicht, das grosse Besorgnis hervorgerufen hat. Parallel dazu haben die Missstände an den Schulen zugenommen. Das dürfen wir nicht mehr hinnehmen. Wir wollen wieder in Sicherheit leben. Denn Sicherheit ist die Grundlage jeglicher Lebensqualität.

Walter Gurtner Der Schreiner
Ausstellung: Das Original
Schreinerei
Innenausbau
Reparatur- und Glasbruchservice
4658 Däniken 062 291 13 82
www.schreiner-gurtner.ch
info@schreiner-gurtner.ch




**Judith Uebersax, Erziehungsrätin und Mutter von drei Kindern,
Nationalratskandidatin SVP Kanton Schwyz**

Die wahre Wohlfühlpädagogik

Kürzlich hat mich eine Grossmutter nach dem Schulbesuch bei ihrem Enkel ganz schockiert angerufen: «Ist es normal, dass in der 2. Klasse die Kinder im ganzen Schulzimmer rumlaufen, schwatzen und sogar in den Schulhausgängen spielen?»

Leider musste ich dieser Grossmutter den angetroffenen Zustand als «normal» bestätigen. Die Wohlfühlpädagogik hat Einzug gehalten! Die Kinder sollen gerne in die Schule gehen und freiwillig lernen, so lautet die Begründung der Pädagogen. Wohin diese Freiwilligkeit des Lernens allerdings führte, zeigt uns die PISA-Studie. Auch die weiterführenden Schulen klagen zunehmend über mangelhaftes Grundwissen. Die Lehrbetriebe führen eigene Aufnahmeprüfungen durch, um das Wissen der künftigen Lehrlinge bes-



ser einschätzen zu können. Die Zeugnisse sind so kompliziert, dass die Lehrmeister damit nichts mehr anfangen können. Nicht selten kommen die Abschluss-Schüler mit ganzen Ordnern, in welchen die Lernfortschritte dokumentiert bzw. verschleiert werden. Wenn schon der erreichte Wissensstand nicht mehr stimmt, ist denn wenigstens das Ziel vom «Wohlfühlen» in der Schule erreicht?

Davon sind wir weiter entfernt denn je. Auf den Schulwegen wird Schutzgeld erpresst. Auf den Pausenplät-

zen wird brutal zugeschlagen. Die Lehrpersonen und ihre Familien werden massiv bedroht. In einigen Schulen wird das definitive Datum des letzten Schultages den Schweizer Kindern erst ganz kurzfristig mitgeteilt. Sie fragen sich, warum die Schulzeit nicht für alle am gleichen Tag endet? Weil die Sicherheit der Schweizer Kinder nicht mehr gewährleistet werden kann. Die Drohungen sind derart massiv, dass es einfacher ist, unsere Kinder um das einmalige Erlebnis des letzten Schultages zu betrügen. Ist das nun die gelobte Wohlfühlpädagogik? Ist dies ein Lernumfeld, in welchem unsere Kinder gerne und freiwillig lernen?

Nein, was es braucht, sind klare Regeln, die konsequent durchgesetzt werden. Ein geordnetes Lernumfeld, in welchem unsere abendländischen Werte gelten. Achtung, Respekt und Anstand. Dies ist für mich die wahre «Wohlfühlpädagogik». Nämlich eine Pädagogik, in der sich vor allem die Schweizer Kinder und ihre Familien wohlfühlen!

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
Industriestrasse 4
CH-9565 Bussnang, Schweiz
Telefon +41 (0)71 626 20 20
stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



Gabriel Lüchinger, wissenschaftlicher Mitarbeiter Generalsekretariat SVP Schweiz

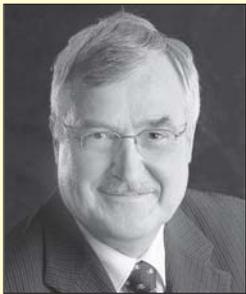
Armee, Sicherheit und Bedrohungslage

Gegen die SVP haben FDP und CVP in der vergangenen Sommersession im Schlepptau der Linken beschlossen, den Anteil der Durchdiener von 15% auf 30% zu erhöhen und die im Ausland eingesetzten Soldaten auf 500 Mann zu verdoppeln. Diese Anliegen der SP haben FDP und CVP erfüllt, um dafür den Entwicklungsschritt 08/11 beschliessen zu können. Doch die Konsequenzen dieses Kuhhandels sind für unsere Milizarmee gravierend: Die Verdoppelung der Durchdiener wird zur Folge haben, dass der Bestand unserer Armee um etwa 36 000 auf gerade

noch 84 000 Mann reduziert wird! Damit hat diese Links-Mitte-Allianz bereits die nächste grosse Armeeform eingeleitet und wird, sofern die SVP diesen verhängnisvollen Entscheid nicht rückgängig machen kann, der Verteidigung unseres Landes den Todesstoss versetzen. Auch der beschlossene, massive Ausbau der Auslandseinsätze wird gravierende Folgen haben für die Sicherheit unserer Bevölkerung. Damit werden in Zukunft nämlich noch mehr Ressourcen, die in den Schulen und Kursen der Armee dringend gebraucht würden, in fragwürdige

NATO- und UNO-Missionen im Ausland umgeleitet, unsere Neutralitätspolitik wird von der eigenen Armee zur Farce gemacht und unsere Bevölkerung vermehrt ins Fadenkreuz des internationalen Terrorismus gerückt. Aus diesen Gründen hat die SVP auch mit einer Fraktionsmotion den sofortigen Rückzug unserer Offiziere aus dem NATO-Einsatz in Afghanistan gefordert. Bei den laufenden Operationen der NATO und der USA in diesem fernen Land sind bereits hunderte von Zivilisten gestorben und die internationalen Streitkräfte werden zunehmend von

derjenigen Bevölkerung bekämpft, der sie eigentlich ein besseres Leben hätten bringen sollen. Schweizer Offiziere haben in diesem chaotischen Krieg nichts zu suchen. Zu unserem militärischen Engagement in Asien und der sicherheitspolitischen Lage haben wir ein Gespräch mit dem renommierten Experten Professor Albert Stahel geführt. Seine Stellungnahmen sind klar und zeigen auf, in welcher Sackgasse unsere Sicherheitspolitik sich befindet. Dies hat unser Land nicht verdient und es ist rasch zu handeln, bevor es zu spät ist.



Prof. Dr. Albert Stahel ist Titularprofessor an der Universität Zürich, Direktor des Instituts für Strategische Studien, ausgewiesener Afghanistan-Experte und Oberstleutnant a. D.

Sehr geehrter Herr Professor Stahel,

Wird die Schweiz in Zukunft am Hindukush verteidigt?

Über 85% der Opiumproduktion in der Welt stammen aus Afghanistan. Afghanistan ist auch der Hauptlieferant des in Europa konsumierten Heroin. Dieses Heroin wird über Zentralasien, den Kaukasus und über die Arabische Halbinsel nach Europa transportiert. Für die Schweiz sind die Balkanroute und

der Weg über den Kosovo nach Italien massgebend.

Die Macht über Afghanistan hat eine organisierte Kriminalität (OK) mit ca. 30 Männern übernommen. Die Regierung ist durch diese OK zur Staffage degradiert worden. Die 32 800 Mann der ISAF (International Security Assistance Force) bzw. der NATO und die 10 300 der USA, die in der Operation Enduring Freedom im Einsatz stehen, schauen den Geschehnissen in diesem «narco state» tatenlos zu. Damit ist auch bereits gesagt, dass die Bekämpfung der Drogenlieferungen aus Afghanistan eine Aufgabe der Nachrichtendienste und der Polizei ist und durch die Stationierung von schweizerischen Armeeeinheiten in Afghanistan nicht gelöst werden kann. Diese wären in Afghanistan lediglich stille Beobachter des Schlafmohnanbaus und der Heroinlieferungen in die Schweiz. Damit ist weiter festgehalten, dass die Schweiz auch in der Zukunft nicht am Hindukush verteidigt wird, es sei denn, Patrouillen in Schlafmohnfeldern werden neuerdings als Verteidigungsauftrag deklariert.

Was halten Sie von Auslandseinsätzen wie der Schweizer Beteiligung an der NATO-Operation in Afghanistan? Sind sie mit unserer Neutralitätspolitik vereinbar?

Die Operationen der ISAF und damit der NATO in Afghanistan beruhen auf zwei Pfeilern:

1. Intensiven Bombardierungen amerikanischer und britischer Kampfflugzeuge: pro Tag erfolgen bis zu über 40 Einsätze der Unterstützung der Bodentruppen, zum Teil durch schwere Bomber des Typs B-1B (Waffenladung 60 Tonnen). Diese werfen beinahe unterschiedslos schwere Bomben in der Sprengkraft von bis zu 906 kg ab;
2. Einem verlustreichen Jagdkrieg durch britische, kanadische, niederländische und australische Elitesoldaten am Boden.

Durch die Bombardierungen werden, da die Ziele nicht als eindeutige Taliban-Stützpunkte erkennbar sind, immer wieder Zivilisten getötet.

Der Jagdkrieg mit den Durchsuchungen von Dörfern und Häusern führt eher dazu, den Taliban noch mehr Sympathisanten in die Arme zu treiben, anstatt diese auszuschalten.

Die Situation in Afghanistan ist ein durch die NATO geführter Krieg. Ein solcher ist mit unserer Neutralitätspolitik nicht vereinbar. Deshalb müssen Auslandseinsätze in diesem Land vom Parlament kategorisch abgelehnt werden.

Gäbe es aus Ihrer Sicht für die neutrale Schweiz eine Alternative zu militärischen Auslandseinsätzen?

Die Alternative zu militärischen Auslandseinsätzen ist der zivile Wiederaufbau eines kriegszerstörten Landes. Ich verweise auf die verschiedenen Projekte schweizerischer Hilfswerke in Afghanistan, wie die der Helvetas. Zu diesen Projekten gehört auch das House of Science der ETHZ in Bamjyan. Afghanistan benötigt dringend die Unterstützung beim Wiederaufbau

seines Schul- und seines Gesundheitssystems. Aber auch durch gezielte Projekte in der Landwirtschaft könnte ein Gegenwicht zum Anbau von Schlafmohn gebildet werden. Erst die zivile Hilfe wird das Land in eine friedliche Zukunft führen. Afghanistan braucht, wie auch afghanische Parlamentarier vor kurzem an der Universität Zürich festgestellt haben, keine Soldaten aus der Schweiz. Dagegen sollte ein Austausch von Studentinnen und Studenten zwischen Afghanistan und der Schweiz stattfinden.

Wie beurteilen Sie die Lage im Irak und in Afghanistan? Welche Auswirkungen sind für die Schweiz zu erwarten?

Infolge der gescheiterten Operation der USA und ihrer Alliierten ist der Irak heute zu einer Brutstätte des Terrorismus geworden. Die erfolgreichen Einsätze der Aufständischen in diesem Krieg fördern ein Wachstumspotential, das in Zukunft vielleicht auch ausserhalb des Iraks zum Einsatz kommen könnte. Die Situation im Irak ist ausser Kontrolle geraten. Früher oder später, vermutlich mit der Amtseinsetzung einer neuen Administration in Washington, werden die Amerikaner und ihre Alliierten den Rückzug einleiten.

Die Lage in Afghanistan ist anders zu beurteilen. Wir haben es hier mit einem «narco state» zu tun. Die Aufständischen der Taliban sind vor allem im Osten, Süden und teilweise auch im Westen des Landes aktiv. Ihre Rückzugsgebiete liegen im pakistanischen Stammesgebiet. Eine wirkliche Bekämpfung der Taliban-Kampfgruppen in Afghanistan findet nicht statt. Vielfach ist bei den Meldungen über die Taliban unklar, ob es sich dabei tatsächlich um Taliban und nicht um Drogenhändler handelt. Die massiven Bombardierungen der Amerikaner, die übrigens bis nach Kabul reichen, dienen mehr der Tötung und der Einschüchterung der Zivilbevölkerung. Da Afghanistan das strategische Sprungbrett nach Zentralasien und

damit zu deren Erdöl- und Erdgasfeldern ist, werden die Amerikaner vorderhand von einem Rückzug absehen.

Welches sind für die Schweiz die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft?

Der amerikanische Rückzug aus dem Irak wird eine Erschütterung der Lage im Mittleren Osten auslösen. Der Iran könnte dabei als der wirkliche Sieger hervorgehen. Gleichzeitig wird die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Militärapparates ernsthaft in Frage gestellt werden. Das Scheitern der israelischen Operation von 2006 gegen die Hisbollah kann als Vorgesmack dessen betrachtet werden. Zusätzlich ist zu beachten, dass die Kohäsion und damit die weitere Einsatzfähigkeit der amerikanischen Bodentruppen nach diesem Krieg geschwächt sein werden. Diese Entwicklung könnte auch die strategische Situation in Europa beeinflussen. Erste Vorboten einer veränderten Lage zeichnen sich durch die politischen Auseinandersetzungen zwischen Russland und der NATO bezüglich der Stationierung von Lenk Waffen in Polen und der Errichtung von Radarstationen in der Tschechei sowie in der Kosovo-Frage ab. Wir müssen uns auf diese veränderte Lage vorbereiten. Weitere Faktoren, die diese Lage noch beeinflussen könnten, sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA (die Schulden der Privaten und des Staatshaushaltes).

Eine weitere Herausforderung für die Schweiz ist die organisierte Kriminalität. Dazu gehören die Banden aus dem Kosovo, die Kriminellen aus Russland und eben die afghanische OK. All diese Gruppierungen sind in der Schweiz bereits vertreten. In diesem Zusammenhang müssen auch die Netzwerke der OK zu einzelnen terroristischen Banden beachtet werden. Die Zusammenarbeit zwischen OK und terroristischen Gangs ist heute der Regelfall. Dass die Schweiz in Zukunft vielleicht ein

Ziel von Anschlägen sein könnte, ist nicht auszuschliessen.

Des Weiteren darf die Frage der Nuklearwaffen nicht unterschätzt werden. Nach wie vor ist Eurasien nuklear hochgerüstet. Neben Russland, Frankreich, Grossbritannien sind China, Pakistan, Indien, Israel und vermutlich auch Nordkorea Nuklearmächte.

Sicher ist auch die Umweltproblematik nicht einfach ad acta zu legen. Diese dürfte auch durch unsere Zivilisation bestimmt sein. Und schliesslich darf auch ein konventionell geführter Krieg in Europa für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Wie sollen wir diese Herausforderungen meistern?

Um all diesen Herausforderungen begegnen zu können, benötigen wir eine Gesamtverteidigung, wie sie früher noch existierte. Nur durch eine gesamtheitliche Analyse der Lage und durch gezielte Vorbereitungen auf Veränderungen der Lage können wir uns als Kleinstaat auch künftig durchsetzen. Dazu gehört auch die Koordination aller in Frage kommenden Mittel wie derjenigen der Armee, der Polizei, der Wirtschaft und der Aussenpolitik. Unter keinen Umständen dürfen, wie das seit 1995 einige Male geschehen ist, übereilte «Reformmassnahmen» als Vorleistungen zum «modernen» Denken und Handeln umgesetzt werden.

Auf welche Bedrohungen hat sich die Schweizer Armee und unsere Führung in Zukunft auszurichten? Sind sie heute auf dem richtigen Weg dazu?

In jedem Staat garantiert die Armee als das eigentliche Machtmittel die Kontrolle des Territoriums durch eine Regierung und damit die Sicherheit der Bevölkerung. Entsprechend diesem Verständnis eines funktionsfähigen Staates ist auch eine Armee auf eine ernsthafte Be-

drohung der Existenz eines Staates auszurichten und auch einzusetzen. Ein Beobachter der Entscheidungen des Bundesrates und des Parlamentes der letzten Jahre wird den Eindruck nicht los, dass der wirkliche Auftrag an die Armee wegen so genannter Veränderungen in der strategischen Lage nicht mehr ernst genommen wird. In einer zügellosen Hektik jagen sich Reformen, die eher der Tagespolitik entsprechen und nicht auf die wirklichen Sicherheitsbedürfnisse unseres Landes ausgerichtet sind. Der wirkliche Sinn einer Armee ist die Verteidigung und nicht der Einsatz als Hilfspolizei. Dies bedeutet, dass die so genannten Reformschritte der Armee XXI und 08/11, die zu einem Abbau der Verteidigungsfähigkeit unserer Armee geführt haben, rückgängig gemacht werden müssen. Dies heisst u.a., dass neben der Bewaffnung auch die Bestandesfrage und die Ausbildung überprüft werden müssen.

Selbstverständlich gehören zu den Aufträgen an die Armee neben der Verteidigung auch die Unterstützung der verschiedenen Hoheitsebenen unseres Staates, die Hilfe an die Bevölkerung und damit auch Massnahmen zugunsten der Polizei und des Zivilschutzes; diese dürfen den Verteidigungsauftrag aber unter keinen Umständen obsolet machen.

Was die Führung der Armee betrifft, gehört der Fähigste an die Spitze und nicht das Produkt irgendeiner Beratungsfirma, die sich in Assessments von zivilen Kaderleuten übt.

Wo sollte die Politik in der kommenden Legislatur die sicherheitspolitischen Prioritäten setzen?

Wir benötigen dringend einen Marschhalt der «Reformübungen» des VBS. In dieser Zeit gilt es, die Situation in und um die Armee gründlich zu analysieren. Anschliessend ist der Wiederaufbau dieses, für die Existenz unseres Staates entscheidenden, Instrumentes wieder in Angriff zu nehmen.

Lukas Reimann, Kantonsrat, Wil SG

Schweizer Werte statt Islamisierung

Die Muslimische Gemeinschaft Wil plant ein riesiges islamisches Zentrum mit Moschee, Minarett, Schule, Turnhalle, Restaurant und Läden. Während von Behörden, Kirchenvertretern und den Mitte- und Linksparteien das Projekt hochgejubelt wird, macht sich in der Bevölkerung grosser Widerstand breit. Es wird jetzt versucht, das Bewilligungsverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit möglichst rasch über die Bühne zu bringen. Dagegen bildete sich nun ein regionales Komitee. Es macht sich mit einer Informationskampagne sowie Standaktionen bemerkbar und erhält grossen Zuspruch in der Bevölkerung.

Auf kantonaler Ebene befassen wir uns schon länger mit dem Islam. Bereits 2004 verlangte ich in einem parlamentarischen Vorstoss im Kantonsrat eine bessere Kontrolle des umstrittenen Islam-Unterrichts – vergeblich. Im Rahmen der Bürgerrechtsrevision versuchten wir mit mehreren Vorstössen die immer wieder auftretenden Konflikte im Zusammenhang mit Einbürgerungsgesuchen von Moslems zu lösen – vergeblich. Mit einem weiteren Vorstoss verlangten wir eine bessere Überprüfung sowie nötigenfalls ein Verbot von extremistischen Ausländerorganisationen – vergeblich. Gemäss Information des Inland-Nachrichtendienstes etabliert die militante Organisation der Grauen Wölfe Ableger in mehreren Ostschweizer Gemeinden. Nicht einmal die Tatsache, dass es in der Folge zu Brandanschlägen und massiven Bedrohungen kam, vermochte die Behörden zu beunruhigen.



ligen Standortgemeinde einzuholen sei. Das St. Galler Kantonsparlament hat diesen Vorstoss wuchtig verworfen. Eine gleichzeitig durch eine Tageszeitung lancierte Umfrage ergab allerdings eine sehr deutliche Ablehnung des in Wil geplanten Minaretts bei über achtzig Prozent der Befragten.

Nun liegt die Hoffnung dieser Menschen in der Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten. Sie dürfte eine der letzten Chancen sein, um ein Wiler Minarett mit entsprechender Sogwirkung für die gesamte Region zu verhindern.

Mit dem von der Initiative verlangten Verbot von Minaretten wird erreicht, dass die Gültigkeit der in unserer Bundesverfassung niedergelegten Gesellschafts- und Rechtsordnung uneingeschränkt garantiert bleibt. Ansinnen islamistischer Kreise, einem an der Scharia orientierten Rechtssystem auch in der Schweiz zum Durchbruch zu verhelfen, werden damit zurückgewiesen. Die Initi-

Um unsere Kultur zu stärken, verlangten wir in einer Motion die Schaffung eines Leitfadens für die Lehrerschaft im Umgang mit Kultur- und Integrationsproblemen sowie die verbindliche Durchführung von Weihnachtsfeiern in der Volksschule. Trotz beinahe 10 000 Unterschriften für eine diese Anliegen unterstützende Petition wurden auch diese Begehren abgeschmettert.

Zum Schlüsselereignis wurde die Behandlung jener SVP-Motion, welche verlangt hatte, dass bezüglich Minarettbauten generell die Zustimmung der Stimmbürger der jewei-

Anwohner vor Parallelgesellschaften und einer zunehmenden Ghettoisierung.

Die Initiative ist ein deutliches Zeichen und setzt islamisch-fundamentalistischen Auswüchsen klare Grenzen. Mit jeder Unterschrift verteidigen wir die Schweizer Werte, die uns wichtig sind, die Freiheitsrechte und unsere demokratische Kultur, gegen deren Feinde – im Dienste unserer Zukunft! Dafür lohnt es sich, zu kämpfen. Sprechen wir öffentlich davon: laut, deutlich, Klartext.

ative erteilt also dem Symbol eines religiös-politischen Machtanspruchs, der verfassungsmässige Grundrechte in Frage stellt, eine klare Absage. Und sie schützt die betroffenen

Kopftuch statt Integration: islamisches Kleidergeschäft in Wil SG





- Expl. Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn! Fr. 25.–
- Expl. Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben! Fr. 79.–
- Expl. Sitzungsmappe schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung Fr. 49.–
- Expl. Pin ab 10 Stück Fr. 6.–/Stück Fr. 7.–
- Expl. Post-it Block à 50 Blatt Fr. 2.–
- Expl. Schlüsselanhänger Geissbock ZOTTEL Fr. 5.–
- Expl. Offiziersmesser Original-Victorinox Fr. 20.–
- Expl. Kleber Bogen à 35 Kleber Fr. 6.–
- Expl. Jass französisch Deutschschweizer Fr. 3.–
- Expl. Ballone Sack à 50 Stück Fr. 33.–
- Expl. Kugelschreiber Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
 Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
 per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch



Gegen religiös-politische Machtansprüche

«Ich bin gegen ein islamisches Zentrum mit Minarett, weil ich am eigenen Leib erfahren musste, dass diese Religion mit dem Christentum in unserer Kultur nicht vereinbar ist. In einem arabischen Land wurde ich in einer Notsituation erniedrigt, verschmäht und offensichtlich als völlig wertlos beurteilt. In der Schweiz schafft das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Kulturen mehr denn je Angst und Verunsicherung. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger immer mehr mit politisch-religiösen Machtansprüchen anderer Religionen und mit Symbolen fremder Kulturen in der Schweiz auseinandersetzen, bedeutet das, dass sich viele verunsicherte Mitmenschen in unserer Gesellschaft ernsthafte Gedanken machen oder sich sogar vor neuen, nicht abschätzbaren Bewegungen fürchten. Deshalb ist neues Denken gefragt!»

Franziska Näf, parteilos, Jonschwil



Islamisierung verhindern

«Die Islamisierung ist ein ganz grosses Problem. Ich bin froh, dass es hier in Wil noch Politiker gibt, welche sich trauen, vor Ort dagegen anzutreten.»

Werner Leutenegger, Rentner, Wil



Schweiz nicht zerstören

«Soll die Schweiz etwa zerstört werden? Mit der Verharmlosung von Minaretten, islamischen Grosszentren und der Islamisierung passiert genau das. Stärken wir Schweizer Werte statt den Islam!»

Erwin Hauser, Unternehmer, Wil



Initiative für unsere Zukunft

«Der Ausländeranteil in der Schweiz steigt ständig an. Immer mehr fremde Kulturen leben in unserem Land. Dies führt zunehmend zu Schwierigkeiten – vor allem mit Angehörigen des Islams. Gut, gibt es die SVP: Die Initiative gegen den Bau von Minaretten ist ganz wichtig für unsere Zukunft und macht Hoffnung.»

Mario Wildhaber, Lehrling, Oberuzwil

Werbung

schreinerei
bortoluzzi
 Betpurstrasse 6, 8910 Affoltern a.A.
 Tel. 044 761 36 46 info@tonibortoluzzi.ch
 Türen - Schränke
 Innenausbau Veriset-Küchen

Thomas Fuchs
 www.nein.eu
2 x auf Ihre Liste
 Am 21. Oktober 2007 im ganzen Kanton wählbar
 SCHWEIZER QUALITÄT
 SVP Die Partei des Mittelstandes

Melanie Rinkes, Nationalratskandidatin JSVP Thurgau

Die Heimat ist unser Arbeit Lohn

Noch vor vier, fünf Jahren hätte ich mir nicht träumen lassen, einmal einen Text für das «SVP-Klartext» verfassen zu dürfen. Ihnen einen kleinen Einblick in meine private und politische Welt zu geben, bedeutet für mich eine grosse Freude.

Am 1. August 1981 geboren und in Bottighofen aufgewachsen, bin ich als Geschäftsleitungsassistentin für ein KMU tätig und absolviere parallel dazu die Maturitätsschule für Erwachsene mit Schwerpunkt Latein. In meiner knappen Freizeit entspanne ich mich mit Fitness und Städtereisen. Seit 2005 bin ich in der Jungen SVP Thurgau aktiv. Dabei hat mich das Interesse an der Politik bereits in jungen Jahren gepackt. Schon am Familientisch hat es mir Vergnügen bereitet, mit den Grossen zu diskutieren und mich in Themen, die gerade aktuell waren, einzumischen. Die Nachrichten waren mir lieber als jeder gute Krimi. Ich habe immer alles hinterfragt und meine Eltern oft an den Rand der Verzweiflung getrieben, wenn sie keine befriedigende Antwort wussten. Am Freitagabend durfte ich mit meiner Mutti jeweils die Arena schauen. Da dies der einzige Tag war, an dem ich als Kind länger wach bleiben durfte, ist mir dies noch in bester Erinnerung. Mein politisches Bewusstsein wurde insbesondere durch die Diskussionen über einen EU-Beitritt und die bilateralen Verträge geprägt und durch den Staatskundeunterricht noch weiter sensibilisiert.

Als junger Mensch ist man immer ein wenig ungeduldig, wenn es um die eigene Zukunft geht. So war für mich sehr schnell klar, dass es wenig nützt, immer nur den Worten der Politiker zuzuhören und sich dann zu ärgern, dass trotz drängender Probleme so wenig geschieht. Trotzdem habe ich mich lange und intensiv mit der Schweizer Parteienlandschaft und den Parteiprogrammen auseinandergesetzt, bevor ich schliesslich der Jungen SVP Thurgau und der überparteilichen Organisation YOUNG4FUN beigetreten bin. Seit meinem Eintritt in die Junge SVP



Thurgau geht es mir im obgenannten Punkt viel besser. Ich spüre, dass meine Stimme Gehör findet. Ich merke, dass ich auch als junger Mensch etwas bewirken kann. Und das ist für eine junge, politisch interessierte Frau ein sehr schönes Gefühl. Meine Parteifreunde kennen mich daher auch als ehrgeizige Nachwuchspolitikerin, die mit verschiedenen innovativen Ideen bereits einigen frischen Wind in die Jungpartei gebracht hat. Mit meiner Kandidatur für den Nationalrat hoffe ich, noch mehr bewirken zu können: Für die junge Generation. Für den Kanton Thurgau. Für die ganze Schweiz. Vor kurzem haben wir den 716. Geburtstag unserer schönen Schweiz feiern dürfen und konnten uns glücklich schätzen: Die Schweiz ist ein leistungsstarkes, weltoffenes und lebenswertes Land, in dem es sich lohnt, zu leben. Dennoch sollte man nicht verschweigen, dass unser Land in den letzten Jahren immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt worden ist, die wir noch nicht abschliessend gelöst haben. Sei es die Frage, wie wir langfristig unsere nationale Identität wahren, die Frage, wie wir unsere Sozialwerke sanieren, den Jungen eine echte Lebensper-

spektive aufzeigen oder wie wir auf die Erwartungen, die das Ausland an uns hat, reagieren. Zu all diesen Punkten habe ich eine klare Meinung. Damit die Schweiz für ihre Bewohner weiter ein lebenswertes Stück Heimat bleibt, möchte ich Kriminalität und Asylmissbrauch noch energischer bekämpfen und durch Massnahmen gegen Billigarbeiter und unkontrollierte Einwanderung fair bezahlte Arbeitsplätze sichern.

Gleichzeitig soll durch ein konsequentes Nein zum EU-Beitritt die Unabhängigkeit, die ursprüngliche Identität der Schweiz und die Weltoffenheit ihrer freiheitsliebenden Bürger gewahrt bleiben. Ich möchte hier insbesondere an alle Leserinnen und Leser appellieren, unser politisches Leben aktiv mitzugestalten: Baut alle mit an einer noch schöneren Schweiz! Nur mit verstärktem Engagement wird unser Land auch langfristig in der Erfolgsspur fahren. Es hilft schon, wenn Sie klar Stellung nehmen, wenn es um wichtige Fragen geht, die unser Gemeinwohl betreffen. Das kann am Arbeitsplatz geschehen, im Gespräch mit dem Nachbarn, im Sportverein oder am Familientisch. Wie hat es der griechische Dichter Hesiod so schön und treffend zugleich formuliert? «Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiss gesetzt.» Engagieren Sie sich für unser Land und eine gute Zukunft und machen Sie Werbung für unsere Partei!

Werbung

Die seriöse Geldanlage für den Kleinanleger!

Kapitalanlage Ferien auf der Fiescheralp

Hotel Alpenblick Fieschertal

ALETSCH

Bergfreund

Privatfinanzierung mit 10 Jahre Erfahrung!

Ihre Geldanlage

Fr. 10'000.-
Fr. 20'000.-
Fr. 30'000.-
usw. ...

Umbauprojekt

Die Sicherheit Pfandbrief

6% ZINS

3% Barzins + 3% in Gutscheinen

für Rest. Bergfreund + Hotel Alpenblick

Informationen: Holzer Fabian, Hotel Alpenblick, 3984 Fieschertal
alpenblick@rhone.ch Tel. 0041(0)279701660 Fax. 0041(0)279701665

SVP-HIT GUTSCHEIN für SVP-Spezialpreis

- Übernachtung im Doppelzimmer
- Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

FR. 50.-
pro Person/Nacht

Egal wieviel Nächte!

«Mich irritieren Denkverbote»



Roger Köppel ist Chefredaktor der traditionsreichen Wochenzeitschrift «Weltwoche». Unter seiner Führung wurde das Magazin zu einer unabhängigen und wohltuend kritischen Stimme in der eintönigen schweizerischen Presse-landschaft.

Herr Köppel, unter Ihrer Führung hat sich die «Weltwoche» gewandelt, wurde zum «enfant terrible» der Medienszene. Welcher Idee entspringt dieser Kurs Köppel?

Ich habe immer sehr instinktiv Journalismus gemacht. Mich irritieren Denkverbote und Konsense, die humorlos verteidigt werden. Das fordert mich heraus und spornt mich an. Es geht darum, eine gewisse Intensität zu erzeugen.

Wo und wie sehen Sie Ihre persönliche Aufgabe? Ist man als Publizist einfach Berufsmann oder hat man eine gesellschaftliche bzw. politische Aufgabe?

Ich nehme meinen Beruf ernst. Ich möchte ein Blatt gestalten, das heisse Eisen anpackt, wichtige Themen aufdeckt und ins rechte Licht rückt. Parteipolitik an sich interessiert mich weniger, aber natürlich habe ich mir die Frage zu stellen: Welche Personen und Ideen bringen die Schweiz weiter, tragen zum Erfolg unseres Landes bei? Welche Kräfte wirken dagegen? Diese Sachorientierung muss im Vordergrund stehen. Darin liegt dann auch die gesellschaftliche Aufgabe eines Journalismus, der nicht reines Entertainment sein will.

Sie schreiben mit der «Weltwoche» gegen den medialen Mainstream an und greifen immer wieder Themen auf, die anderweitig tabuisiert werden. Berühmt ist die Reportageserie über den Missbrauch der Sozialhilfe. Wer gibt

dem Mainstream die Richtung vor und wie entstehen die medialen Tabubereiche? Und wie wählt die «Weltwoche» die Themen aus, welche sie kritisch angehen will?

Wir greifen auf, was uns interessiert und wichtig erscheint. Wir pflegen die klassischen, sagen wir ruhig: konservativen Tugenden des Journalismus. Der Staat muss streng kontrolliert und beaufsichtigt werden. Die «Weltwoche» ist ein unabhängiger, unbestechlicher Beobachter. Wichtige Personen sind schonungslos zu untersuchen. Handkehrum wollen wir auch inspirieren, Erfolgsgeschichten erzählen. Wir sind keine Kulturpessimisten und Untergangspropheten, auch wenn wir hart austeilen. Am Ende bleibt die «Weltwoche» konstruktiv. Wir räumen den Müll weg, um den Blick aufs Gute freizumachen.

Die Medien rühmen sich oft, in einer Demokratie komme ihnen die Rolle eines Kontrolleurs, einer mahnenden Opposition zu. In der politischen Realität finden sich die Medien zumeist in der Opposition zur SVP und somit auf der Seite von Verwaltung und Regierung. Wie steht es da um die demokratische Wächterfunktion?

Ich gebe Ihnen Recht. Die SVP und Christoph Blocher wurden in den letzten Jahren medial unter Generalverdacht gestellt, geradezu angefeindet. Warum? Ganz einfach deshalb, weil sich die SVP gegen den medial-gouvernementalen Zeitgeist stellte. Am Ende entscheidet die Qualität der Positionen. Heute wird die SVP von vielen kopiert. Ein Blatt wie die «Weltwoche» muss sich an der Sache orientieren, unabhängig von politischen Lagern.

Wenn man sich die Presseprodukte der Schweiz anschaut, findet man diese einheitlich oder nur geringfügig verschieden. In Fragen betreffend multikulturelle Gesellschaft oder Einbindung der Schweiz in supranationale Organisationen wird von der WoZ bis zur NZZ eine uniforme Meinung vertreten. Wie kommt es zu einer solch freiwilligen Gleichschaltung?

Es ist ja kein Geheimnis, dass der Zeitgeist in den letzten dreissig Jahren nach links rückte. Wir Journalisten neigen offenbar auch zum Herdentrieb, aus Meinungsvielfalt wurde Meinungseinfalt. Bürgerlich gesinnte Menschen ergreifen vielleicht auch eher andere Berufe als den Journalismus. Mich begann der Einheitsbrei ab Mitte neunziger Jahre zu irritieren, vieles, was da erzählt wurde, überzeugte mich nicht mehr. Die Ironie ist, dass viele Journalisten, auch ich, meinten, mit linken Meinungen sei man ganz kritisch. Dabei bewegte man sich voll im Mainstream. Das bricht jetzt aber auf. Nicht zuletzt dank der «Weltwoche».

Die Medien sind links, die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung nicht. Das heisst doch eigentlich, dass die Medien am Markt vorbeiproduzieren. Wie ist das in einer freien Marktwirtschaft möglich?

Interessant. Es gab ja wirklich gewaltige Desinformationskampagnen, EU, Ausländerproblematik, Steuern etc. Keine Ahnung, warum das Bestand haben konnte. Der Erfolg der «Weltwoche» zeigt, dass es auch andere Bedürfnisse gibt.

Die Meinungsbildung von uns Bürgern basiert auf den Informationen, die wir erhalten. Wenn nun die Informationen in den Redaktionen gefiltert oder politisch gefärbt werden, wird die Meinungsbildung stärker beeinflusst, als eine politische Partei dies je könnte. Gerät unsere Demokratie aus den Angeln?

Nein. Trotz der Gewaltskampagne pro EU stimmten die Schweizerinnen und Schweizer dagegen. Vielleicht wären wir ohne das riesige Mediengetöse für den Uno-Beitritt heute nicht dabei. Ich selber schrieb pro Uno. Was ich heute bedauere. Es war ein Fehler. Es wäre journalistisch richtig gewesen, die fragwürdigen Seiten der Uno, die ein undemokratisches Gebilde ist, anzuprangern.

Ganz grundsätzlich: Wie stark können Ihrer Meinung nach die Medien das Volk beeinflussen?

Schwer zu sagen. Ich traue dem mündigen Konsumenten, der merkt, wenn etwas nicht stimmt. Trotzdem braucht es Meinungsvielfalt in den Medien, einen heftigen, polarisierten Streit der Positionen. Die «Weltwoche» ist, sorry für das etwas gewagte Bild, der Stachel im Fleisch der Mainstream-Medien.

Und wie stark ist der Einfluss auf die Politiker?

Der ist sehr gross. Der Schweizer Journalismus geht sehr pfleglich um mit der Politik. Ausnahme war die SVP und Blocher, auf die hat man mit einer Härte und Häme eingedroschen, wie früher die bürgerlichen Medien, als es sie noch gab, gegen die SP wetterten. Man muss aber sagen, dass der Kampf Ihrer Partei genützt hat. Jetzt wird es schwierig, weil Sie im Erfolg und angesichts der wachsenden Akzeptanz unweigerlich nachlassen werden.

Und auf die Verwaltung oder die Justiz?

Theoretisch sehr gross, aber die Blöcke sind schwer zu bewegen, da anonym. Es ist nicht so leicht, auf den Mann, auf die Frau zu spielen. Genau das aber muss eine Zeitung tun.

Diesen Sommer dominierten Themen wie «Calmy-Rey und das Rütli» die Schlagzeilen. Dabei hätten wir doch ernsthafte Probleme in unserem Land. Ich denke an die steigende Gewaltkriminalität, an einen Staatshaushalt, den wir nicht wirklich im Griff haben, an integrationsfeindliche Ausländer, an die Renitenz in den Schulen usw. Woher rührt diese Vorliebe der Medien für die Belanglosigkeit?

Jede Partei findet es belanglos, wenn die Medien ihre Anliegen nicht aufgreifen. Rütli ist kein belangloses Thema. Es geht hier um den Versuch unserer Bundespräsidentin, nationale Mythen umzudeuten. Es wird nicht gelingen. Das Rütli ist stärker als Frau Calmy-Rey. Was die von Ihnen angesprochenen Themen angeht: Offenbar gelingt es der SVP nicht mehr so leicht, die Zeitungen so stark zu provozieren, dass sie die

Themen aufgreifen müssen. Die Klage über Belanglosigkeit ist somit das Eingeständnis mangelnder Durchsetzungskraft in Ihrer Partei. Im Übrigen habe ich noch nie so viel über Ausländerkriminalität gelesen wie in den letzten Monaten.

Sie haben in Deutschland gearbeitet und in den USA studiert. Stellen Sie Unterschiede fest zwi-

schen den Medienlandschaften dieser Länder und derjenigen in der Schweiz?

Ich habe nur sehr wenig Zeit in den USA verbracht, viel mehr in Deutschland. In den Schweizer Medien kommen die Qualitäten unseres Landes zum Ausdruck, die leider von der Linken in allen Parteien unter Beschuss geraten sind. Wir sind weniger abstrakt und bodennäher, eine

Folge der direkten Demokratie und der Unabhängigkeit. Vielleicht sind die Medien deshalb auch etwas braver. Man sitzt sehr eng aufeinander und neigt dem Hausfrieden zuliebe zur Konkordanz. Mein Auftrag ist es, die Dinge beim Namen zu nennen, die Konfrontation im Dienst der Sache zu erzeugen. Die Schweiz hat hervorragende Anlagen für spannende, interessante Zeitungen. Man

darf den Biss nicht verlieren und Gefühl dafür, worum es in unserem Gewerbe geht, das theoretisch sehr unbequem ist. Aber es hat sich ja alles positiv entwickelt. Früher wurden Überbringer schlechter Nachrichten erschossen. Heute muss man sich nur noch als «enfant terrible» bezeichnen lassen. Es wäre schlimm, würde die «Weltwoche» nicht mehr attackiert!

GEWERBE

Nationalrat Jean-François Rime, Bulle FR

Was passiert eigentlich im Sägewerk?

Unsere typischen Holzprodukte entstehen in einer Verarbeitungskette, die im Wald beginnt und dann noch zwei Verarbeitungsstufen durchläuft. Der Waldbesitzer verkauft das Rundholz an das Sägewerk, welches daraus Schnittholz erzeugt: Balken, Bretter, Latten etc. Je nach Kunde roh, getrocknet, gehobelt oder verleimt. Aus dem Schnittholz stellen dann die Zimmerleute, Schreiner, Möbel-, Parkett- und Palettenhersteller die Produkte für den Endkonsumenten her.

Im Wald gibt es auch schwächeres Holz, das nicht gesägt werden kann und in die Energie geht oder in die Herstellung von Papier und Holzwerkstoffen (z. B. Spanplatten). Dieselben Abnehmer kaufen auch Sägespäne und Hackschnitzel aus den Sägewerken – ohne kontinuierliche Abfuhr dieser Nebenprodukte, die immerhin 40% des verarbeiteten Rundholzes ausmachen, stünden die Sägewerke bald still.

Die Sägewerke verkaufen «nur» Halbfabrikate (Schnittholz) und keine Gestaltungs-, Planungs- oder Bauleistungen. Weil es auf Schnittholz auch keinen Grenzschutz gibt, sind wir dem internationalen Wettbewerb ungleich stärker ausgesetzt als die Zimmereien und Schreinereien. Wir durchleben deshalb einen raschen Strukturwandel hin zu grösseren Produktionseinheiten – in Kürze werden die sechs grössten Betriebe mehr als die halbe Schweizer Landesproduktion leisten, bei insgesamt



noch 350 Sägewerken. Unsere grösseren Betriebe zeigen auch ein erfreuliches Wachstum und steigende Exportanteile; sie kommen nun auch für die Produktion von Biomassestrom infrage, nachdem sie schon länger stark in der Wärmeproduktion engagiert sind (sowohl für die eigenen Trockenkammern als auch für Fernwärmenetze).

Sägereien brauchen viel Platz und sie haben ein grosses Transportvolumen mit bescheidenem Wert pro Tonne. Transport-Rahmenbedingungen wie die LSVA sind für uns essenziell im internationalen Wettbewerb. Die ausreichende Rundholzversorgung natürlich auch – und so hoffen wir, dass die Waldgesetzrevision den Aufschwung im ganzen Holzsektor unterstützt statt die Waldbewirtschaftung weiter

verkompliziert. Die Waldbesitzer sind mit den gestiegenen Holzpreisen motiviert, ihre Wälder stärker zu pflegen und zeitiger zu verjüngen – der Staat soll sie so in Eigenverantwortung gewähren lassen, wie das in unseren Nachbarländern geschieht.

Unsere eher gewerblichen Kleinbetriebe müssen sich auf Nischen konzentrieren, denn die industriellen Grossbetriebe stellen die häufigsten Bausortimente wesentlich günstiger her, weil sie mit sehr schnellen und flexiblen Maschinen ausgerüstet sind. Der gegenwärtige Industrialisierungsschub in unserer Branche wird zu einem starken Rückgang der Anzahl Betriebe führen, aber andererseits unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern.



Jean-François Rime führt eines der grössten Schweizer Sägewerke, die Despond SA in Bulle.

SVP-Umzug zum Bundeshaus:

Alle nach Bern

Mit Familie und Freunden für die Schweiz eintreten

Der 21. Oktober 2007 ist Wahltag. Das ist ein wegweisender Tag für die Schweiz. Die Schweizer Stimmberechtigten stehen vor der Wahl: Wollen sie eine verhängnisvolle rotgrüne Politik, die noch mehr Steuerlast bringt, die Bürgerinnen und Bürger bevormundet und das Volk entmachtet? Oder wollen sie mehr SVP, die für weniger Steuern kämpft, sich für Sicherheit einsetzt, die Disziplin an den Schulen wiederherstellt, die Unabhängigkeit der Heimat bewahrt und Selbstbestimmung und Eigenverantwortung verteidigt?

Für die Schweiz treten wir ein; für die Schweiz treten wir an: Am Samstag, 6. Oktober 2007, versammeln sich Parteimitglieder und alle, die für unsere Heimat eintreten, in Bern.

Damit setzen wir ein kraftvolles Zeichen für eine sichere, freie und schweizerische Schweiz. Wir treffen uns um 12.30 Uhr beim Bärengraben und ziehen anschliessend in einem farbenprächtigen und volkstümlichen Umzug durch die Berner Altstadt zum Bundesplatz vor dem Bundeshaus.

Mit diesem Anlass zeigen wir zwei Wochen vor den eidgenössischen Wahlen: Unsere Schweiz ist uns nicht gleichgültig – für unsere Heimat stehen wir ein. Nehmen Sie Familie und Freunde mit nach Bern. Sämtliche Kantonalparteien organisieren Anreisen.

Toni Brunner
Wahlkampfleiter Deutschschweiz

Plakatständer für die SVP-Plakatierung – jetzt bestellen!

Angebot für alle Orts-, Regional- und Kantonalparteien der SVP! Das Wahlkampfteam der SVP Schweiz hat kostengünstige Metalltafeln mit Ständer für die SVP-Plakatierung beschafft. Diese können direkt beim Wahlkampfteam bestellt werden. Sie eignen sich für die beidseitige Plakatierung mit **Plakaten der Grösse F4**.

Die Tafeln können an Strassenrändern in die Erde gesteckt oder auf festem Boden aufgestellt werden. Dazu kann ein Fuss separat bestellt werden. Selbstverständlich sind die Plakattafeln auch bei künftigen Wahlen und Abstimmungen einsetzbar, denn sie sind sehr robust. Die Ständer sind verzinkt. Die Tafeln zum Aufkleben der Plakate sind aus Aluminium. Zu jedem Plakatständer werden ein Drahtseil und 3 Dorne (zur Befestigung) mitgeliefert.

Sonderangebot:
Werbetafel zu Fr. 180.– pro St. inkl. MwSt.
Fuss zum Aufstellen auf festem Boden zu Fr. 28.– pro St. inkl. MwSt.

Plakattafeln bestellen via E-Mail wahlen@svp.ch oder Telefon 079 216 48 31 (Frau Silvia Bär).



Kundgebung:

Eintreten für unsere Schweiz

auf dem Bundesplatz

**Freiheit und Heimat, das lassen wir uns nicht nehmen:
am Samstag, 6.10.2007 nach Bern!**

Schön sind Schweizer Leibchen und Trachten. Bringen Sie möglichst viele Fahnen mit. Selbstverständlich gehören auch kantonale Trychler und sonstige Folkloregruppen bei dieser Kundgebung dazu.

Programmablauf:

- 12.30 Uhr Besammlung am Klösterlistutz beim Bärengraben
Umzug durch Altstadt zum Bundeshaus
- 16.00 Uhr Ende politischer Teil mit unseren **Bundesräten Samuel Schmid und Christoph Blocher**

Teilnahme ist Ehrensache!



Mein Zuhause – Unsere Schweiz

Veranstalter: SVP Schweiz, www.svp-wahlen.ch PC-Konto 30-8828-5

Die Partei des Mittelstandes

Eidgenössische Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)

Die Volksinitiative lautet:

I Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 121 Abs. 3-6 (neu)

- 3 Sie (= die Ausländerinnen und Ausländer) verlieren unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz, wenn sie:
 - a. wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts, wegen einer Vergewaltigung oder eines anderen schweren Sexualdelikts, wegen eines anderen Gewaltdelikts wie Raub, wegen Menschenhandels, Drogenhandels oder eines Einbruchsdelikts rechtskräftig verurteilt worden sind; oder
 - b. missbräuchlich Leistungen der Sozialversicherung oder der Sozialhilfe bezogen haben.
- 4 Der Gesetzgeber umschreibt die Tatbestände nach Absatz 3 näher. Er kann sie um weitere Tatbestände ergänzen.
- 5 Ausländerinnen und Ausländer, die nach den Absätzen 3 und 4 ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz verlieren, sind von der zuständigen Behörde aus der Schweiz auszuweisen und mit einem Einreiseverbot von 5 – 15 Jahren zu belegen. Im Wiederholungsfall ist das Einreiseverbot auf 20 Jahre anzusetzen.

6 Wer das Einreiseverbot missachtet oder sonstwie illegal in die Schweiz einreist, macht sich strafbar. Der Gesetzgeber erlässt die entsprechenden Bestimmungen.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

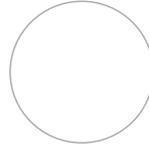
Art. 197 Ziff. 8 (neu)

8. Übergangsbestimmung zu Art. 121 (Aufenthalt und Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern)

Der Gesetzgeber hat innert fünf Jahren seit Annahme von Artikel 121 Absätze 3–6 durch Volk und Stände die Tatbestände nach Artikel 121 Absatz 3 zu definieren und zu ergänzen und die Strafbestimmungen bezüglich illegaler Einreise nach Artikel 121 Absatz 6 zu erlassen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafbuches.

Amtsstempel



Ort: _____

Datum: _____

Amliche
Eigenschaft: _____

Eigenhändige
Unterschrift: _____

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen.

Co-Präsidium:

Amstutz Adrian, Nationalrat, Feidenstrasse, 3655 Sigriswil BE; **Flickiger Sylvia**, Grossrätin, Rodweg 4, 5040 Schöffland AG; **Fuhrer Rita**, Regierungsrätin, Seewaldstrasse 12, 8331 Auslikon ZH; **Perrin Yvan**, Nationalrat, Les Boîtes-du-Temple 37, 2117 La Côte-aux-Fées NE; **Schudel Rolf B.**, Präsident SVP International, P.O. Box 372, 1610 Edenvale (Südafrika) (pol. Wohnsitz: 4103 Bottmingen BL)

Mitglieder:

Aldor Jean-Luc, Grossrat, Graniois, 1965 Savèse VS; **Baader Caspar**, Nationalrat, Baumgärtling 52, 4460 Gelterkinden BL; **Borer Roland**, Nationalrat, Stockackerstrasse 17, 4703 Kestenholz SO; **Brunner Toni**, Nationalrat, Hundsrücken, 9642 Ebnat-Kappel SG; **Reymond André**, Nationalrat, Chemin des bois 76, 1255 Vevey GE; **Dunant Jean Henri**, Nationalrat, Luftmattstrasse 12, 4062 Basel; **Fehr Hans**, Nationalrat, Salomon Landolt-Weg 34, 8193 Eglisau ZH; **Grunder Hans**, Grossrat, Gerbestrasse 16, 3415 Rüegsau CH; **Heer Alfred**, Kantonsrat, General-Willi-Strasse 12, 8002 Zürich; **Hutter Jasmin**, Nationalrätin, Rietstrasse 468, 9453 Eichberg SG; **Kunz Josef**, Nationalrat, Schlössli, 6022 Grosswangen LU; **Liener Montika**, Kantonsrätin, Breitenstrasse 81, 8832 Wilen SZ; **Maurer Ueli**, Nationalrat, Rebacher 12, 8340 Hinwil ZH; **Mellini Eros N.**, Via Muggina 6, 6962 Viganello TI; **Mermoud Jean-Claude**, Regierungsrat, 1376 Edagnens VD; **Pammelin Guy**, Nationalrat, En Mèly, 1183 Bursins VD; **Rauch Reto**, Grossrat-Stellvertreter, Stutz 6, 7304 Mälenfeld GR; **Rickli Natalie**, Kantonsrätin, Neuwiesenstrasse 31, 8400 Winterthur ZH; **Ruppen Franz**, Grossrat, Binenweg 2, 3904 Naters VS; **Rutz Gregor**, Generalsekretär, Obere Bühlerstrasse 19, 8700 Klausnach ZH; **Scherer Marcel**, Nationalrat, Stadelmatt 11, 6331 Hünenberg ZG; **Stamm Luzi**, Nationalrat, Pilgerstrasse 22, 5405 Baden-Dättwil AG.

Bitte ganz oder teilweise ausgefüllte Unterschriftenbögen so schnell als möglich, spätestens aber bis 21. November 2008 an folgende Adresse senden:
Komitee, für eine sichere Schweiz, Postfach 23, 8416 Flaach

Kanton: _____ Postleitzahl: _____ Politische Gemeinde: _____

Nr.	Name, Vorname Blockschrift	Geburtsdatum Tag, Monat, Jahr	Wohnadresse Strasse, Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle Leer lassen
1					
2					
3					
4					
5					

Ablauf der Sammelfrist: 10. Januar 2009

Im Bundesblatt veröffentlicht am: 10. Juli 2007

Durch die politische Gemeinde auszufüllen: Die unterzeichnete Amtsperson beschneidet hiermit, dass oben stehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:

Im Bundesblatt veröffentlicht am: 10. Juli 2007

DIE 105-SENDER



Always First With New Sound: Immer die neusten Songs aus den Bereichen Pop, Rock, Alternative, Hip Hop und Electro. **Im Kabelnetz der Deutschschweiz und auf www.105.ch**



Das erste Blackmusic-Radio der Schweiz: Hip Hop, R'n'B, Funk und Soul. Nonstop. **www.105dope.ch**



Songs, die man nie vergisst: Die grössten Kult- und Clubhits der 70er und 80er. **www.105classics.ch**



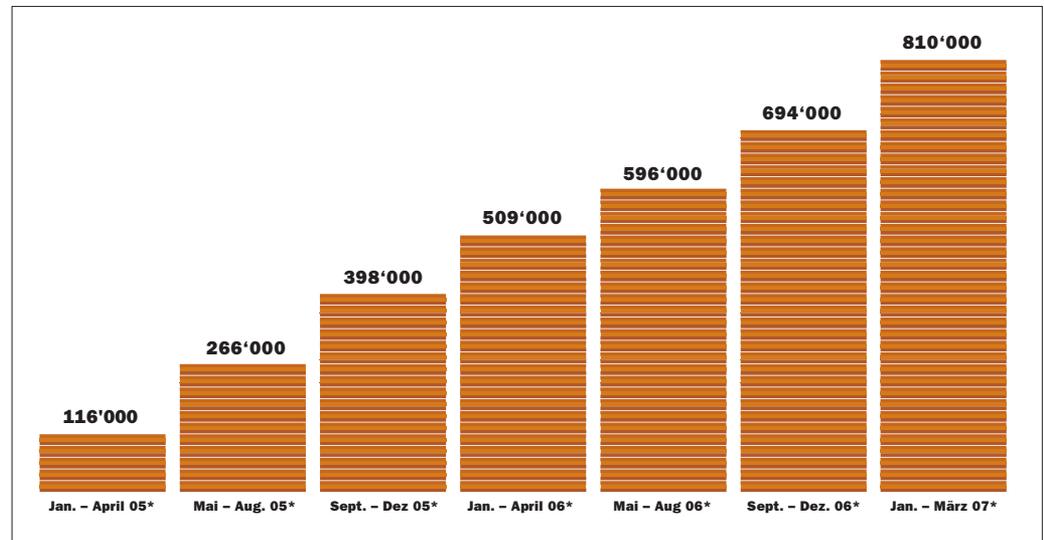
Das jüngste Radio der Schweiz: Von Tokio Hotel über Killerpilze bis hin zu Lafee und US5. **www.105hitradio.ch**



Der Sender für Rockfans: Rock, Alternative und Independent Sounds. **www.105rock.ch**

IMMER MEHR HÖREN DEN JUGENDSENDER 105

RADIO 105 MIT BEGLAUBIGTEN STREAMING-ZAHLEN



Der Radiostream aller Radiosender auf www.105.ch wird pro Monat durchschnittlich 810'816 Mal kontaktiert (Durchschnitt Januar bis März 2007). Dies entspricht einer Versiebenfachung seit der Lancierung im April 2005.

Nun ist es notariell beglaubigt: Die verschiedenen Web-radios des Jugendsenders Radio 105 werden pro Monat durchschnittlich 810'000 mal genutzt. Pünktlich zum zweijährigen Geburtstag der Sparten-Webradios von 105 unterstreicht der Jugendsender damit seinen grossen Erfolg im digitalen Radiozeitalter.

Heute bietet Radio 105, das mit seinem Hauptprogramm seit 9 Jahren im Kabelnetz der ganzen Deutschschweiz auf Sendung ist, zusätzlich vier Spartenkanäle im Internet an und zwar in CD-Qualität. Die Nutzung dieses Angebots hat sich seit dem Start versiebenfacht!

Giuseppe Scaglione, Gründer und Geschäftsführer freut sich: «Diese imposanten und nun auch von einem Notar beglaubigten Zahlen werden der Werbewirtschaft noch mehr Sicherheit bei der Berücksichtigung und Planung von 105 geben».

Unzuverlässige Radiocontrol-Daten

Einmal mehr zeigt sich, dass die offizielle Erhebungsmethode «Radiocontrol» nicht in der Lage ist, die tatsächliche Radionutzung – insbesondere unter Jugendlichen – verlässlich abzubilden. Die eindrücklichen Streamingzahlen von Radio 105 werden bei der Radiocontrolauswertung nicht berücksichtigt bzw. fliessen dort gar nicht ein.

105 MIT DEM NEUESTEN SOUND

Während andere Radios nur die Hitparade und alte, abgelutschte Hits rauf- und runterdudeln, spielt Radio 105 vor allem neue Sounds aus den Bereichen Pop, Rock, Alternative, Hip Hop und Electro. Neue Songs sind in der Schweiz immer zuerst auf 105 zu hören!

Immer wieder beweist die Musikredaktion von Radio 105, eine gute Nase für kommende Hits zu haben. Monate bevor andere Stationen den Mut dazu haben, setzt Radio 105 auf neue Künstler und spielt diese im Powerplay. So «entdeckte» 105 schon Acts wie **Michael Bublé, James Blunt, Mattafix, Pussycat Dolls, Rihanna, Bob Sinclar, Ne-Yo oder Mika**. Dank seinen guten Beziehungen zur Club- und DJ-Szene erkennt Radio 105 auch vor allen anderen Sendern internationale Musik-trends, die sich aus dem «Underground» zu Massenphänomenen entwickeln.



Immer die aktuellsten Musik-Trends wie hier Joss Stone. Radio 105 – Always First with New Sound!